

Der folgenschwere Irrtum des Verhandlungskonzepts der Weltklimakonferenz

HERMANN SCHEER

Die 15. Weltklimakonferenz in Kopenhagen samt ihrem monatelangen Vorlauf verlief wie eine Schallplatte, die zum 15. Mal seit der ersten in Berlin 1995 aufgelegt wurde. Jedes Mal wurde ein großer Erwartungshorizont aufgebaut, der kurz vor der Konferenz wieder heruntergeschraubt werden musste, weil das Gefeilsche um die Lastenverteilung erneut keinen Erfolg signalisierte. Dann mündeten die jeweiligen Konferenzen bestenfalls in einen Minimalkompromiss, der die Klimakatastrophe nicht wirklich aufhalten kann. Dieser wird dann von den verhandelnden Regierungen als Erfolg gewertet, damit sie nicht mit leeren Händen dastehen. Manchmal wird dann sogar als Erfolg hingestellt, dass eine Folgekonferenz beschlossen worden ist. Die Weltklimakonferenzen sind zu einer selbstreferentiellen Veranstaltung geworden. Es ist höchste Zeit zu erkennen, dass damit ein globaler Klimaschutz nicht erreicht werden kann.

Vordergründig klingt die Grundüberlegung der Weltklimakonferenzen einleuchtend, dass ein globales Problem eine gemeinsam getragene globale Entscheidung erfordere. Doch dies hat eine prinzipielle und eine praktische Crux. Die prinzipielle ist, dass ein internationaler Vertrag mit verbindlichen Handlungspflichten nur durch breiten Konsens unter den Regierungen zustande kommen kann. Konsens bedeutet aber immer Verwässerung der Maßnahmen, weil die Ausgangsbedingungen der verschiedenen Länder zu unterschiedlich sind. Es gibt nun einmal Energieexport- und Energieimportländer mit total unterschiedlichen Interessen. Und es gibt Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer mit total unterschiedlichen Möglich-

keiten. Dies alles auf einen Nenner zu bringen, kann bestenfalls zu einem Minimalkompromiss führen, der weit hinter der real gegebenen Herausforderung zurückbleibt, die aber Beschleunigung verlangt. Konsens und Beschleunigung stehen aber prinzipiell in einem unüberbrückbaren Widerspruch zueinander.

Die zweite Crux ist, dass zugleich der heillose Versuch gemacht wird, einen gleichen Politikansatz für alle zu installieren. Dieser besteht in der Zuteilung von Emissionsrechten und deren allseitige Verrechnungsmöglichkeit für deren Kauf oder Verkauf. Dafür ist aber ein Preisbindungsmechanismus für CO₂-Emissionen notwendig, der von dem vereinbarten Maximum an zugeteilten Emissionsrechten ausgeht. Dieses Maximum ist aber identisch mit dem im Konsens erreichten Minimalkompromiss, weil dieser das einzige vereinbarte Kriterium darstellt. Mit anderen Worten: Damit wird ein ökonomischer Anreiz für alle geschaffen, nicht mehr als dieses Minimum zu tun. Das unverantwortliche Ergebnis ist, dass man mit hängender Zunge hinter der gestellten Herausforderung her hinkt.

Daraus folgt: So gestrickte Weltklimakonferenzen programmieren ihr eigenes Scheitern gegenüber dem Problem. So kann es nicht weitergehen. Regierungen müssen sich von der falschen Prämisse verabschieden, die alles lähmt: dass die beiden einzigen tragbaren Wege zum Klimaschutz – der Wechsel zu Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz – eine wirtschaftliche Last seien, die man nur auf sich nehmen dürfte, wenn es alle anderen „im internationalen Gleich-

Weitere Beiträge in dieser Ausgabe

- 19 IRES 2009**
-
- 19 EUROSOLAR**
IRES geht voran
- 38 Heinz-Werner Etzkorn**
Wärme auf Rädern
- 46 Harald Kielstein, Frank Täubner**
Energiespeicherung mit Schwungrädern
-
- 56 Helmut Löhhöffel**
Neue Impulse und treibende Kraft – Bericht über die Mitgliederversammlung 2009
- 58 EUROSOLAR**
Der neu gewählte Vorstand der deutschen EUROSOLAR-Sektion
- 61 Valentin Hollain**
Projekt „Bürgerkraftwerke“ auf www.eurosolar.org
-
- 90 Zwischenrufe**
- 92 EUROSOLAR**
Buchbesprechungen
Kurznachrichten
EUROSOLAR-Publikationsliste
Termine

klang“ ebenfalls tun. Die richtige Prämisse ist, dass es sich um einen elementaren volkswirtschaftlichen Vorteil für jeden handelt, der das für sich vorantreibt. Dafür braucht man aber nicht auf einen internationalen Vertrag zu warten. Was anstelle dessen erforderlich ist, ist ein nationaler Politikansatz (oder im Sonderfall der EU ein gemeinsam auf den Weg gebrachter), der die makroökonomischen Vorteile in mikroökonomische Anreize übersetzt. Dies ist nötig, weil die volkswirtschaftlichen Vorteile des Energiewechsels nicht zugleich einzelwirtschaftliche Vorteile für jeden Wirtschaftsteilnehmer sein können. Auf jeden Fall ist man selbst gefordert, statt sich auf den Ausgang von Weltklimakonferenzen zu verlassen.

Die Menschheit steht an der Schwelle zu einer Ära beispielloser Möglichkeiten. In den letzten Jahrzehnten entstanden viele neue Technologien, die unsere bisher auf fossilen, umweltschädigenden Energieträgern basierende Wirtschaft grundlegend verändern werden. Dieser Wandel wird Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Er kann die globale Erderwärmung nicht nur aufhalten, sondern sogar reduzieren, unsere Umwelt sauberer machen und zu einer gerechteren Welt beitragen. Das Stichwort hierfür ist die Ingangsetzung einer zielgerichteten technologischen Revolution.

Die Geschichte liefert viele Beispiele für technologische Revolutionen, die die Welt verändert haben und dabei zunächst immer auf massiven Widerstand stießen. Keine dieser Revolutionen wurde durchgesetzt, indem ein Konsens mit denjenigen getroffen wurde, die die Verlierer dieser bevorstehenden Entwicklung sein würden, und erst recht waren solche Umwälzungen nie Bestandteil eines internationalen Vertrages – auch wenn ihre Auswirkungen einen globalen Maßstab hatten.

Trotzdem brauchten diese revolutionären Veränderungen einen politischen Rahmen, damit sie zum Durchbruch kommen konnten. Dies galt für den Eisenbahnbau, die Elektrifizierung, das Auto, die Luft- und Schifffahrt und aktuell die Telekommuni-

nikations- und Informationstechnologien. Dieser Rahmen wurde von solchen Ländern gesetzt, die früher als andere die damit verbundenen neuen Chancen für sich erkannten – und damit zum Vorbild für andere wurden.

Jeder, der vorgeschlagen hätte das Internet auf Grundlage eines aufwendigen internationalen Systems verbindlicher Quoten in festgelegten Fristen zu verbreiten, um so damit zwangsläufig einhergehende wirtschaftliche Strukturbrüche abzufedern, wäre als Spinner verspottet worden. Die Mikroelektronik-Revolution passierte wegen der Produktivitätsgewinne, die sie bescherte und trotz der grundlegenden strukturellen Umbrüche, die sie verursachte. Länder, die die Mikroelektronik förderten – zum Beispiel mithilfe staatlicher Forschungsprogramme – konnten später davon entsprechend profitieren und diejenigen, die sich zurückhielten, um damit wirtschaftliche Strukturbrüche zu vermeiden, haben sich selbst geschadet. Eine dynamische Strategie gegen den Klimawandel beginnt also mit der Erkenntnis des ökonomischen Nutzens, der aus einer Revolutionierung der Energieversorgung erwächst. Deutschland ist hierfür ein gutes Beispiel: Hier werden weltweit die meisten Solaranlagen installiert, obwohl es eindeutig nicht das Land mit privilegierter Sonnenstrahlung ist. Der Erfolg der Solarenergie und der anderen Erneuerbaren Energien ist Ergebnis des Erneuerbare Energie Gesetzes (EEG) – und nicht des Kyoto-Protokolls. Der Schlüsselpunkt dieses Gesetzes ist, dass allen Erneuerbaren Energien absoluten Vorrang gegenüber konventionellem Strom eingeräumt wird und zu einem garantierten Vergütungssatz in das Netz eingespeist werden kann. Dadurch können die konventionellen Energieanbieter diese Entwicklung der Erneuerbaren Energien nicht behindern. Dieses einfache Gesetz hat bereits über 40 Länder inspiriert, diesem Beispiel zu folgen.

Wir könnten eine Stromversorgung aus 100 % Erneuerbarer Energie in 15 Jahren schaffen, wenn entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen gesetzt werden. Nichts kann schneller installiert werden als dezentrale Anlagen für Erneuerbare Energie. Die Zeitspanne zwischen Investition und Inbetriebnahme der Anlagen ist sehr kurz, ein Windrad kann beispielsweise innerhalb von zwei Wochen gebaut werden. Auf der anderen Seite benötigt man Jahre für ein einziges Großkraftwerk. Die Umstellung auf dezentrale, erneuerbare Energie ist technisch und ökonomisch deutlich schneller – ein enormes Potential, das in 10.000 Jahren noch genau so vorhanden ist wie es bereits vor 10.000 Jahren war.

Die Gesellschaften müssen weltweit die politischen Entscheidungen treffen, um im Eigeninteresse diese neue Perspektive zu ermöglichen. Es muss eine selbstverständliche Tatsache werden, dass wir nicht wie bisher die Umwelt schädigen können, wenn es billigere und saubere Alternativen gibt. Deutschland hat gezeigt, dass es möglich ist, öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung für Erneuerbare Energie zu gewinnen und den Umstieg auf Erneuerbare Energie erfolgreich zu beginnen.

Es kann aber keine Revolutionierung der Energieversorgung geben ohne die „schöpferische Zerstörung“ der existierenden konventionellen Energiewirtschaft, wie sie Joseph Schumpeter, einer der bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts, für jeden Strukturwandel für notwendig hält.

Dies ist letztlich eine Frage, die die vom Volk gewählten Politiker zu beantworten haben: Ob es wichtiger ist, die Interessen der alten Energiewirtschaft zu vertreten oder die Zukunft der gesamten Gesellschaft.